

P. B. Nr. 43

dodis.ch/34242

Albert Huber an Max Petitpierre, 10. November 1956

SONDERSITZUNG DES BUNDESTAGS BETREFFEND UNGARN UND ÄGYPTEN

Die Sondersitzung des Bundestags wurde einberufen, weil – ähnlich wie in der Schweiz – Parlament und Öffentlichkeit es schlecht ertrugen, die aufwühlenden Ereignisse in Ungarn und im Nahen Osten passiv mit anzusehen und das Bedürfnis hatten, zu diesen Vorgängen Stellung zu nehmen.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand eine Erklärung der Bundesregierung: Adenauer befand sich in einer sehr heiklen Lage; aussenpolitische Rücksichten zwangen ihn zu einem zurückhaltenden Urteil: Es drohte der Zerfall des westlichen Bündnisses. Als Regierungschef eines Landes, dessen Sicherheit von dieser Solidarität abhängt, musste er seine britischen und französischen Verbündeten schonen. Andererseits musste er sich von der Gewaltanwendung distanzieren, denn wie sollte Bonn sonst gegen sowjetisches Unrecht in der Deutschen Demokratischen Republik protestieren? Adenauer ging in beiden Richtungen so weit er konnte. Immerhin mit deutlichen Differenzierungen zwischen Ungarn und Ägypten. Vom britisch-französischen Vorgehen in Ägypten sagte der Kanzler, «die Regierung bedaure die kriegerischen Handlungen, die sie nicht billigen könne». Von Ungarn sprechend, gebrauchte er eine schärfere Sprache: «Es ist keine unzulässige Einmischung in die inneren Verhältnisse eines anderen Volkes, wenn die Bundesregierung ihre Bewunderung für diesen Freiheitskampf zum Ausdruck bringt und die moralische



Verpflichtung anerkennt, immer an der Seite zu stehen, die für die Freiheit eintritt und die Unterdrückung der Menschenrechte leidenschaftlich bekämpft. Wohl aber ist es eine Einmischung in das Selbstbestimmungsrecht und in die Entscheidungsfreiheit eines Volkes, wenn dem Ruf nach Freiheit mit Panzern und Kanonen Schweigen geboten wird».

Adenauer verschwieg nicht, dass die Beziehungen zur Sowjetunion durch die Vorgänge in Ungarn neuerdings belastet werden. Nachdem er dies festgestellt hatte, bemühte er sich, das deutsch-sowjetische Verhältnis nicht zu agravierem.¹⁴⁸ Er will die Gespräche mit der Sowjetunion nicht abbrechen, «vielmehr wird sich die Bundesregierung weiterhin bemühen, mit der Sowjetunion im Gespräch zu bleiben. Das Memorandum, das sie vor kurzem in Moskau überreichen liess, war ein Ausdruck dieses Bemühens. Aber es wäre unaufrichtig, wenn die Bundesregierung angesichts der jüngsten Ereignisse verschweigen würde, dass das gesamte deutsche Volk diesseits und jenseits der Zonengrenze ein Bestandteil der freien Welt ist und bleiben will. Das bedeutet, dass die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem deutschen Volk zur Voraussetzung hat, dass allen Deutschen das Recht auf freie Selbstbestimmung gewährt wird».

Adenauer beendete diese Ausführungen mit einer eindrucksvollen Verurteilung jeglicher Gewaltanwendung, nicht nur Ungarn und nicht nur dem Nahen Osten gegenüber, sondern dieser Verzicht auf Gewaltanwendung gelte auch für legitime Zwecke, auch für die Wiedervereinigung! Auch diese dürfe niemals mit Gewalt, sondern nur mit Mitteln der Politik angestrebt werden. Es ist bemerkenswert, dass diese Ausführungen die einmütige Zustimmung des Hauses fanden und von den Vertretern aller Parteien ausdrücklich bestätigt wurden.

Von den Vorgängen in Ungarn und Polen erwartet man – wenigstens auf lange Sicht – Veränderungen in Osteuropa. Infolgedessen lockerte Adenauer in seiner Rede die bisher starre Einstellung zu den osteuropäischen Staaten und befürwortete ein neues Verhältnis zu ihnen! Es wird nicht mehr in erster Linie die Frage nach den diplomatischen Beziehungen dieser Staaten zur Deutschen Demokratischen Republik gestellt! Vielmehr sprach Adenauer von der Möglichkeit, mit einem «freien Polen zu geordneten Beziehungen und zur Regelung aller Streitfragen zu gelangen», wobei er folgendermassen definierte: «Unter einem freien Polen verstehe ich ein Polen, das die volle Verfügungsgewalt eines souveränen Staates über seine inneren und äusseren Angelegenheiten besitzt».

Adenauers praktische Schlussfolgerungen aus der kaum überstandenen Krise ist der Appell: die bestehenden Bündnisse zu festigen! «Wo sich in der jüngsten Vergangenheit mangelnde Übereinstimmungen oder gar Risse gezeigt haben (Anspielung auf die britisch-französische Intervention ohne Verständigung mit Bonn!) muss wieder eine ungestörte und reibungslose Zusammenarbeit hergestellt werden. Das gilt für die Westeuropäische Union ebenso wie für die Atlantische Ge-

148 eigentlich aggravieren, im Sinne von verschlimmern.

meinschaft. Denn nur in dieser Gemeinschaft werden die europäischen Nationen zu der Kraftentfaltung fähig sein, die notwendig ist, um den uns allen drohenden Gefahren zu begegnen».

Obwohl Regierung und Opposition in der Beurteilung der Ereignisse sich nahe waren wie noch selten, und obwohl das ganze Parlament von der Stimmung beherrscht war, «man sei noch einmal mit ganz knapper Not davongekommen» zog die Opposition keine praktischen Lehren aus den Ereignissen. Der Vertreter der Sozialisten forderte – als ob nichts passiert wäre – den Austritt aus der NATO und aus der Westeuropäischen Union! Jeder blieb auf seiner Doktrin und es kam nicht zu einer gemeinsamen aussenpolitischen Linie!

SCHWEIZER KONFERENZVORSCHLAG

Die weltpolitische Lage wird hier ähnlich beurteilt, wie sie der Bundesrat einschätzte bei seiner Konferenzinitiative. Aus meinen Gesprächen mit einem Dutzend prominenter politischer Persönlichkeiten aus Regierung und Parlament geht hervor: Der schweizerische Schritt wird einmütig als durch die drohende Katastrophe gerechtfertigt angesehen. Man begrüßte die Initiative und ist der Schweiz für ihren mutigen Vorstoss dankbar. In der Sondersitzung des Parlaments wurde dies wiederholt von den Rednern fast aller Parteien ausgesprochen: «Und letzten Endes sollte man auch die Bemühungen des indischen Ministerpräsidenten Nehru und der Schweizerischen Bundesregierung nicht vergessen, die ihre guten Dienste angeboten haben, um den Konflikt zu beenden». (Mellies,¹⁴⁹ Sozialdemokrat). – «Es ist das grosse Verdienst unserer Schweizer Nachbarn, dass sie in diesem Glauben (Rettung des Weltfriedens) gehandelt und zu einer Konferenz Indiens, der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Englands auf Schweizer Boden eingeladen haben» (Feller,¹⁵⁰ Flüchtlingspartei). – «Das deutsche Volk gedenkt in diesem Augenblick auch dankbar der Bemühungen der Schweizerischen Bundesregierung, die ihrerseits einen wichtigen moralischen Beitrag zur Bewahrung des Friedens geleistet hat» (Professor Brühler,¹⁵¹ Deutsche Partei). Ich lege Ihnen das Sitzungsprotokoll bei.

Mit dem Gefühl grösster Erleichterung wurde hier die Annahme der UNO-Resolution im ägyptischen Konflikt aufgenommen; die allgemeine Auffassung ist, dass eine fühlbare Entspannung eintrat, doch erlaube die Lage noch nicht von einer Lösung der krisenhaften Situation zu sprechen. Es könne – in Ägypten und

¹⁴⁹ Wilhelm Mellies * 5.9.1899 Pivitsheide/Lippe, † 19.5.1958 Bonn; Pädagoge, vor 1933 Volksschullehrer, 1933 Entlassung, 1939 ff. Kriegsdienst, 1946–1953 Präsident Dt. Gemeindetag, 1949–1958 SPD-MdB, 1953–1957 stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender.

¹⁵⁰ Erwin Feller * 8.2.1911 Straßburg, † 29.11.1991 Heidelberg; Gymnasiallehrer, führende Rolle innerhalb des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), 1953–1957 BHE-MdB, 1956/57 BHE-Fraktionsvorsitzender.

¹⁵¹ Ernst Christoph Brühler * 12.2.1891 Mannheim, † 30.8.1961 Freiburg/Br.; Dr. phil., Gymnasiallehrer, 1953–1957 DP-MdB, 1955–1957 DP-Vorsitzender.

DOK. 54 • 14.11.1956

187

in Ungarn – noch zu neuen grossen Schwierigkeiten kommen. Unter diesen Umständen hörte ich die Auffassung, der schweizerische Konferenzvorschlag könnte zu neuer Aktualität gelangen, falls die UNO-Aktion nicht zum Ziele führen sollte. Letztere Befürchtung sprach Adenauer im Parlament aus, als er von seiner Sorge sprach, die UNO werde in dieser Angelegenheit «überfordert»: «Die Bundesregierung fürchtet allerdings, dass man die Vereinten Nationen überforderte, wenn man von ihnen erwartete, dass sie einen Konflikt dieses Ausmasses tatsächlich zu lösen vermöchten. Trotz ihrer Charta ist sie dazu leider nicht in der Lage». Staatssekretär K.¹⁵² sagte zu mir in diesem Zusammenhang: «Es sei beruhigend zu wissen, dass die Schweiz in dieser Krise, welche noch allerhand Wendungen zum Schlimmen nehmen könnte, in Reserve stehe».

Das äussere Bild hier war beherrscht von Flaggen auf Halbmast auf den öffentlichen Gebäuden zu Ehren der ungarischen Freiheitskämpfer, von Schweigemärschen in den grossen Städten und last not least grossen Angstkäufen von Lebensmitteln, Schuhen und Textilien und Benzin, sodass gewisse Artikel zeitweise ausverkauft waren. In dieser Hinsicht hat sich die Lage beruhigt, weil der Handel über genügende Vorräte verfügt.

152 Vielleicht Staatssekretär Manfred Klaiber, Chef Bundespräsidialamt.